Wuchtige Massendemonstration der Meißner Arbeiterschaft

Reichsbannerarbeiter trotz SPD-Hetze in der roten Einheitsfront . Glänzende Werbeerfolge

In der SPD-Hochburg Meißen fand gestern eine von der KPD und den revolutionären Massenorganisationen einberufene große Kundgebung mit vorheriger Demonstration statt.

Die Demonstration — die größte, die die revolutionäre Arbeiterschaft von Meißen je erlebte — fand unter regster Teilnahme der ganzen Einwohnerschaft statt.

Tausende umsäumten die Straßen und begrüßten den Demonstrationszug mit begeistertem Beifall. Etwa 700 Demonstranten durchzogen die Stadt.

Als Abschluß dieses wuchtigen Aufmarsches fand eine Kundgebung in der Gelpelburg statt, an der zirka 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen.

Auffallend groß war die Zahl der erschienenen Reichsbannerarbeiter

Dies ist um so bedeutsamer, als die SPD-Zeitung gegen die Teilnahme sozialdemokratischer und Reichsbanner-Arbeiter hetzte. Sie schrieb:

„Es ist selbstverständlich, daß die Meißner Arbeiterschaft mit dieser kommunistischen Sache nicht das geringste zu tun hat. Die Meißner Arbeiterschaft folgt den Parolen der Eisernen Front oder der Freien Gewerkschaften. Wir ersuchen deshalb die freigewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter, vor allem die Arbeitslosen, der Aufforderung der KPD keine Folge zu leisten."

Die Meißner Arbeiter aber erkennen ebenfalls bereits den schamlosen Betrug der Sozialfaschisten, und der beste Beweis dafür ist die wuchtige Demonstration der roten Einheitsfront.

Auch nationalsozialistische Arbeiter waren vertreten. Es wurden 16 neue Mitglieder für die Partei, 18 für die Rote Hilfe geworben, 6 Arbeiter traten dem Kampfbund gegen den Faschismus bei und 4 der Kampfbundjugend. Außerdem wurden Zeitungsleser und Mitglieder für andere Massenorganisationen geworben.

Die zu Tausenden die Straßen umsäumenden Arbeiter drückten immer wieder ihre Sympathie mit den Kommunisten aus und diskutierten über „die kommende Macht der Kommunisten", ein Zeichen, daß die Massen des Proletariats erkennen, daß ihre einzige Führerin im Kampf die KPD ist.

1200 in der Massenkundgebung in Freital

In Freital fand gestern ebenfalls eine wuchtige Massendemonstration mit anschließender Kundgebung statt, an der 1200 Arbeiter teilnahmen. In der Diskussion forderten die Erwerbslosen die Verstärkung des Kampfes gegen Hunger und Frost und die Oeffnung der Kohlenhalden von Zaucherode.

Massenkundgebung in Dresden

Gestern abend fand im Ballhaus eine sehr gut besuchte Kundgebung mit vorhergehender Demonstration statt. Die Polizei, die mit drei Ueberfallwagen erschienen war, versuchte wiederholt zu provozieren und verbot das Singen revolutionärer Lieder. An der eisernen Disziplin der Proleten aber scheiterten alle Provokationsversuche. Im Ballhaus sprach der Genosse Walter Heitz unter starkem Beifall über die soziale und nationale Befreiung und über die Stellung der Kommunistischen Partei und des Proletariats zur Ruhrbesetzung.

Schleicher beharrt auf Margarine-Verteuerung

Das „Berliner Tageblatt" hat in seiner Donnerstag-Abendausgabe gemeldet, daß die Schleicherregierung unter dem Eindruck der Massenproteste die Aufhebung der berüchtigten Margarineverordnung in ihren entscheidenden Punkten beabsichtige. Die Druckerschwärze war noch nicht trocken, da ließ auch schon die Schleicherregierung durch die Hugenbergsche Telegraphen-Union erklären, daß sie nicht daran denke, den notverordneten Butterbeimischungszwang preiszugeben, sondern daß sie nach wie vor auf der Durchführung der Margarineverordnung bestehe. Das ist der „soziale General", den die Leipart und Hitler vor dem Sturz bewahren wollen. Fort mit der Schleicherdiktatur und ihren Adjutanten!

Verschärfung der Kriegslage in China

Proletarier! Fallt den Henkern des chinesischen Volkes in den Arm! Verhindert Kriegslieferungen und Munitionstransporte!

Tokio, 7. Januar (Eig. Drahtber.)

Die japanische Regierung hat gestern einen Beschluß gefaßt, der die Kriegslage in China außerordentlich verschärft. Der einstimmige Kabinettsbeschluß lautet, daß die japanische Regierung den chinesischen Behörden keine neuen Vorschläge unterbreiten wird, wenn das unverschämte japanische Ultimatum, das folgende Forderungen enthält:

1. **Die chinesischen Behörden sollen dem japanischen Oberkommando ihr Bedauern (!) über die Zwischenfälle ausdrücken.**
2. **Die Eisenbahnstation von Schanhaikwan soll unter Kontrolle des Mandschureistaates (d. h. Japans) gestellt werden.**
3. **Schanhaikwan soll zur „neutralen Zone" erklärt werden.**

icht bedingslos angenommen würde. Den japanischen Militärbehörden wurde durch Regierungsbeschluß ausdrücklich vollkommene „Handlungsfreiheit" in China gewährt.

Auf Anordnung der Regierung ist allen Japanern, die in der Provinz Jehol und in Tientsin wohnen, nahegelegt worden, nach Japan abzureisen. Das japanische Oberkommando hat erklärt, daß die militärischen Operationen in der Provinz Jehol in kurzer Zeit weitergeführt werden.

Der japanische General in Schanhaikwan hat die chinesische Antwort auf sein Ultimatum überhaupt nicht angenommen, da diese Antwort nicht die geforderte bedingungslose Unterwerfung unter die japanische Diktatur enthält.

•

Entgegen allen beruhigenden Versicherungen des japanischen Imperialismus setzen die japanischen Truppen ihren Vormarsch gegen Peking fort. Gestern erfolgte eine neue blutige Offensive mit Unterstützung von 11 Bombenflugzeugen gegen die Stadt Karla in der Provinz Jehol.

Gleichzeitig wird bekannt, daß ein japanischer Angriff auf die wichtige Küstenstadt Tientsin geplant ist. Der japanische Generalkonsul in Tientsin hat alle Japaner aufgefordert, wegen Gefährdung der Stadt diese zu verlassen.

Sozialdemokratische Helfer der imperialistischen Räuber

Unter der Ueberschrift „Protest der französischen Sozialisten" brachte die Dresdner Volkszeitung eine Notiz, in der mitgeteilt wird, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Toutanier die französische Regierung fragen werde, welche Haltung Frankreich zu dem neuen Raubkrieg Japans gegen China einnimmt. Die Sozialdemokraten erwarten „eine klare und feste Antwort, die der Welt die Hoffnung gibt, daß noch Regierungschefs vorhanden sind, die die schönen Worte, die sie oft aussprechen, in Taten umzusetzen verstehen". Der drohende furchtbare Krieg sei „nur mit der Drohung (!) mit dem Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen" zu Japan zu verhindern.

Das nennen die sozialdemokratischen Führer „Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Wie könnten sie aber auch z. B. die Arbeiter in den französischen Rüstungsbetrieben, die mit Hochdruck japanische Kriegsaufträge erfüllen, zum Kampf aufrufen, wo sie doch mit den Imperialisten ihres Landes genau so untrennbar verknüpft sind, wie die japanischen sozialdemokratischen Führer mit den dortigen imperialistischen Räubern.

So gab der japanische sozialdemokratische Abgeordnete **Matsuoka** folgende Erklärung ab:

„Die Operationen der japanischen Truppen in der Mandschurei werden durchaus nicht zum Schutz der kapitalistischen Interessen durchgeführt, sie wurden im Gegenteil durch die Notwendigkeit der Lösung des nationalen Problems hervorgerufen. Deshalb unterscheidet sich die jetzige Lage in der Mandschurei wesentlich von einem Kriege der Kapitalisten."

Diese offenen Chauvinisten gehören zu derselben „Internationale" wie die Wels und die französischen Sozialdemokraten, die die Arbeiter auf ein Vorgehen der imperialistischen Regierungen zu vertrösten suchen und damit praktisch den japanischen Raubkrieg unterstützen.

KPD-Antrag zum Fememord Hentsch

Zusammentritt des Sächsischen Landtages am 12. Januar

Laut Beschluß des Landtagsvorstandes wird der Sächsische Landtag bereits am 12. Januar zusammentreten, um zu den Anträgen zum Fememordfall Hentsch Stellung zu nehmen. Damit wird also der Antrag der kommunistischen Fraktion, der sich insbesondere mit der Haltung der Polizei beschäftigt und schärfste Maßnahmen gegen die Begünstiger der Flucht der Fememörder im Dresdner Polizeipräsidium fordert, am 12. Januar zur Abstimmung kommen.

SS-Sturm [illegible] schaftshaus

Gestern abend [illegible] marsch durch, der [illegible] Vor dem Gewerk[illegible] unter dem Ruf „[illegible] stehenden Arbeite[illegible] Faschisten schützen [illegible] Nazis ruhig zu. [illegible] teren schweren Hypotheken in Angriff genommen. Schon [illegible] lutionären Arbe[illegible] verletzt.

Bei einem [illegible] naner Sch[illegible]

[illegible] Werkes [illegible] merksamkeit der [illegible] chkeit der Sowjet[illegible] ist noch jung. Es [illegible] Schulung. Es hat nur [illegible] alten kapitalistischen Länderzerstörenden Auf[illegible] es aus dem Dorf, das gerade vorbei ging. [illegible] der sozialistischen technischen Kultur. SS-Leute [illegible] solchen Bibliothek, die aus der un[illegible] Arbeiter selbst hervorgegangen ist, ist [illegible] Betrieben der Sowjetunion wurde die [illegible]

(Eig. Drahtber.)

[illegible] alten kapitalistischen Länderzerstörenden Auf[illegible] es aus dem Dorf, das gerade vorbei ging. [illegible] der sozialistischen technischen Kultur. SS-Leute [illegible] solchen Bibliothek, die aus der un[illegible] Arbeiter selbst hervorgegangen ist, ist [illegible] Betrieben der Sowjetunion wurde die [illegible]

übereinstimmend berichtet, daß einzelne Nazis riefen: „[illegible] haben, ihr habt uns getroffen!" Trotzdem die Nazis noch [illegible] dem Eintreffen der Polizei mit ihren Schießeisen herumfuchtelten, wurde ein der Scheringer-Staffel angehörender Kameradschaftskamerad verhaftet.

Nazi-Ortsgruppe Zehren aufgelöst

Die Rebellion der Naziproleten gegen die Fememordpolitik und ihre Schleicher-Tolerierungspolitik nimmt immer größeren Umfang an. So wird gemeldet, daß die gesamte Ortsgruppe der Nazis in Zehren aufgelöst wurde. Auf diese Weise müssen sich die Naziführer vor der Empörung ihrer eigenen Mitglieder schützen.

SPD-Regierung Hessen mit den Nazis gegen Erwerbslose

Der Aeltestenrat des Hessischen Landtages hat mit [illegible] mung der hessischen sozialdemokratischen Regierung und [illegible] Stimmen der nationalsozialistischen Fraktion den Antrag [illegible] sofortige Einberufung des Landtages abgelehnt, [illegible] die Winterhilfsanträge der Kommunisten [illegible] Arbeiter und Bauern [illegible] Kameraden gerichtet ist. Das [illegible] führer gegen die hungernden Erwerbslosen [illegible] ns dem sozialdemokratische und [illegible] sie von ihren Führern nichts [illegible]

Verantwortlich: [illegible]

[illegible] nd Nazi-Arbeiter müssen für [illegible] außerparlamentarischen Einheits[illegible] hrung der KPD!

Das soll „Arbeitsbeschaffung" sein

Wie Gereke und die ADGB-Führer die Erwerbslosen betrügen

In den letzten Tagen haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer wieder mit dem Reichskommissar für „Arbeitsbeschaffung" verhandelt.

Am 5. Januar tagte der von der Schleicherregierung eingesetzte „Arbeitsbeschaffungsausschuß", worauf Gereke einem Vertreter der „Telunion" erklärte, daß nun das „Sofortprogramm" durchgeführt werden könne. Am 6. Januar wurde aber wieder mitgeteilt, daß das Gesamtkabinett noch keineswegs mit dem, was von dem Plan des „Sofortprogramms" übrig blieb, einverstanden sei.

Aber schon das, was Gereke dem TU-Berichterstatter erklärte, ist geeignet, bei den Arbeitslosen die letzten Illusionen zu zerstören.

Es soll eine neue Gesellschaft „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Oeffa)" gegründet werden, die an Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände Kredite zur Durchführung öffentlicher Arbeiten geben kann. Die Arbeiten sollen von der Gemeinde an private Unternehmer vergeben werden, die bei Neueinstellungen — nach wie vor Einstellungsprämien erhalten sollen. Die Gemeinden lassen die bewilligten Darlehen schon ab 1. April 1934 mit 6 Prozent verzinsen. Bei dem heutigen Bankrott der Finanzen der kapitalistischen Gemeindebehörden werden nur verschwindend wenige Gemeinden überhaupt solche drückenden neuen Lasten noch auf sich nehmen.

Aus dem ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramm wird für die Arbeitslosen so gut wie nichts herauskommen.

Die ADGB-Führer aber unterstützen unter dem Vorwand, daß die Schleicherregierung „Arbeit schaffe", diese Regierung, die durch ihre großagrarische Verteuerungspolitik die Lebenshaltungskosten erhöht und das Heer der Arbeitslosen noch mehr vergrößert.

Die Not der Arbeitslosen wird immer unerträglicher, immer dringlicher wird die

Erkämpfung höherer Unterstützung und der Winterhilfe.

Rote Betriebsräte gemaßregelt

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Siemens-Direktion hat den Sieg der Einheitsliste bei den Betriebsrätewahlen im Siemens-Kabelwerk mit einer frechen Provokation der ganzen Belegschaft beantwortet. Der auf der Einheitsliste gewählte Betriebsrat Riemann und der Kandidat der Einheitsliste Kreklewski wurden gemaßregelt. Riemann wurde entlassen mit der unerwiesenen Behauptung, er habe Material an „Die Rote Fahne" geliefert. Bei Kreklewski dient als Vorwand angeblicher Arbeitsmangel.

Die Unternehmer zeigen damit, wie unbequem ihnen revolutionäre rote Betriebsräte sind. Die Belegschaften aber müssen sich geschlossen hinter ihre roten Betriebsräte stellen und sie mit allen Mitteln vor dem Terror der Unternehmer schützen. Die Parole aller Belegschaften muß sein:

Nun erst recht rote Einheitslisten in jedem Betrieb!

Reichsbanner überfällt Antifaschisten

In einer öffentlichen Versammlung der SPD im Trianon, Dresden, in der auch über den Fememord an Hentsch gesprochen wurde, waren einige revolutionäre Arbeiter anwesend, die selbstverständlich bei den „Freiheit!"-Rufen am Schluß sitzen blieben. Daraufhin drangen Reichsbannerleute auf sie ein und prügelten die Antifaschisten. Der größte Teil der anwesenden SPD- und Reichsbanner-Arbeiter war darüber außerordentlich empört.

Dieser Vorfall beweist am besten, wie die sozialdemokratischen Führer die Arbeiter gegen ihre kommunistischen Klassengenossen aufhetzen, um die Herstellung der roten Einheitsfront gegen den Mordfaschismus zu verhindern.

Erfolgreiche Presseoffensive

Im Zeichen des Thälmann-Aufgebotes melden folgende Ortsgruppen sehr gute Werbeerfolge.

Sie haben ihre Aufgabe, Steigerung der Abonnenten der Tageszeitung voll erkannt. So meldet:

Dohna	7 neue Abonnenten
Reichenau . . .	3 neue Abonnenten
Mittelherwigsdorf	5 neue Abonnenten
Walddorf . . .	3 neue Abonnenten
Dohmen	2 neue Abonnenten
Lar[illegible]hennersdorf	3 neue Abonnenten
Burkhardtswalde	3 neue Abonnenten

Radeberg gelang es in einer Woche für die Arbeiterstimme zehn neue Abonnenten zu gewinnen.

Steigert die Werbetätigkeit!
Erfüllt das Thälmannaufgebot!

Blutiger Naziterror gegen Streikposten

Kehrt der Arbeitermord- und Streikbruchpartei den Rücken . Kämpft in der roten Einheitsfront

Frankfurt a. M., 7. Januar 1933. (Eig. Drahtbericht).

Gestern vormittag überfielen 250 Nazis, darunter 150 in SA-Uniform, einen planmäßigen, organisierten Ueberfall auf die vor dem Betrieb Bender und Gattmann stehenden Streikposten. Die Belegschaft streikt seit längerer Zeit unter Führung der RGO.

Nach dem Ueberfall wurden vier Arbeiter mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht. Außerdem wurden 8 bis 10 Arbeiter leichter verletzt. Die Nazis versuchten ferner, die Solidaritätsküche der IAH zu zerstören.

Ein SA-Mann, der sich anfangs aktiv an dem Ueberfall beteiligt hatte, empörte sich nachher über die ungeheure Roheit seiner Parteigenossen, [illegible] rativ lief er zu den Streikposten [illegible] nach neue[illegible] über und rief: „Das [illegible] nicht mehr mit, gebt mir einen Ausnahmeschein!"

*) 1 Tun[illegible]